

Nie wieder Krieg!

Aufruf zur Friedensaktion zum 100. Jahrestags des Beginns des Ersten Weltkriegs

„Bei der angespannten Weltlage des Jahres 1914, nicht zuletzt als Folge der deutschen Weltpolitik, musste jeder begrenzte (lokale) Krieg in Europa, an dem eine Großmacht beteiligt war, die Gefahr eines allgemeinen Krieges unvermeidbar nahe heranrücken. Da Deutschland den österreichisch-serbischen Krieg gewollt, gewünscht und gedeckt hat, und, im Vertrauen auf die deutsche militärische Überlegenheit, es im Jahre 1914 bewusst auf einen Konflikt mit Russland und Frankreich ankommen ließ, trägt die deutsche Reichsführung einen erheblichen Teil der historischen Verantwortung für den Ausbruch des allgemeinen Krieges.“

Fritz Fischer: Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/1918. 1961.

Vor 100 Jahren, am 28. Juli 1914, begann mit der Kriegserklärung Österreich-Ungarns der Erste Weltkrieg. Zuvor hatten Diplomaten und Militärs der von inneren Spannungen bedrohten Doppelmonarchie die sogenannte „Julikrise“ in Folge der Ermordung des österreichischen Thronfolgers Franz Ferdinand zu einem vermeintlichen Kriegsgrund eskaliert. Sie handelten damit im Sinne der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen „Eilten“ des Deutschen Reiches. Für das wirtschaftlich boomende, autoritäre und sozial gespaltene Reich wollten sie gegen die anderen europäischen Großmächten einen „Platz an der Sonne“. Darum trat Deutschland am 1. August selbst in den Krieg gegen Russland und kurz danach Frankreich ein. Die Bevölkerung wurde durch Hetzpropaganda gegen „slawisch-zaristische Barbarei“ und „welsche Gefahr“ eingeschworen.

Auch dieser Krieg nur unter Verschleierung der wahren Kriegsgründe begonnen und geführt werden. Über die Hauptverantwortung des aggressiven imperialistischen Bestrebens des Kaiserreiches für den Weltkrieg, musste noch in den 1960er Jahren intensiv aufgeklärt werden. Der Hamburger Historiker Fritz Fischer („Griff nach der Weltmacht“) und die Studierendenbewegung trieben diesen Prozess gegen erhebliche Widerstände voran. Sie legten damit einen entscheidenden Grundstein für die Entspannungspolitik zwischen West und Ost.

Angesichts heutigen geostrategischen und ökonomischen Expansionsdrangs der westlichen Welt muss darum wieder großer medialer Aufwand dafür betrieben werden, diese Erkenntnisse zu relativieren. Die Verharmlosung der Rolle der deutschen Kriegszielpolitik des 20. Jahrhunderts dient erneut der Legitimierung der herrschenden Forderung nach der Übernahme globalermilitärischer „Verantwortung“ der BRD.

Die Zuspitzung des Konfliktes in der Ukraine macht aber deutlich: Die aus der Beendigung beider Weltkriege gezogene Lehre „Nie wieder Krieg“ hat große aktuelle Bedeutung. Wissenschaft und Studierendenbewegung kommt erneut die Rolle zu, über die wahren Kriegsgründe aufzuklären und zivile Alternativen zur gewaltsamen Eskalation von Konflikten aufzuzeigen.

Die Studierendenschaft der Universität Hamburg sieht sich als Teil der Friedensbewegung. Sie beteiligt sich an der Aufklärung für eine sofortige Beendigung des Krieges in der Ukraine. Echte Deeskalation und soziale Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung sind für eine zivile Konfliktlösung nötig. Die Studierendenschaft fordert alle politischen Akteure auf, jede Zusammenarbeit mit den faschistischen Gruppen in der Ukraine sofort zu beenden. Das Studierendenparlament ruft deshalb auf:

„Nein zum Krieg in der Ukraine - Gemeinsam für Frieden“

am 28. Juli 2014 um 17.00 Uhr

Demonstration vom „Kriegsklotz“ am Dammtor zum Gerhard-Hauptmann-Platz